

Aus dem Kreistag am 29. Mai

Mit Fug und Recht kann man den Pinneberger Kreistag am 29. Mai als Sternstunde der Kommunalpolitik bezeichnen. Sie beinhaltete das Ringen um die besten Entscheidungen mit guten politischen Debatten, die angemessene Würdigung ehrenamtlichen Engagements, genauso wie die glasklare Analyse der Gründe, warum eine Fraktion sich ins Abseits manövriert, wenn sie sich nicht an demokratische Gepflogenheiten halten will.

Die Sitzung begann mit der feierlichen Verpflichtung eines neuen Abgeordneten und der Ehrung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Hans-Peter Stahl, für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement. Seit 30 Jahren gehört er dem Kreistag ununterbrochen an, und Kreispräsident Helmuth Ahrens würdigte dessen Verdienste um die Demokratie und sein ausgleichendes Wesen mit einer Urkunde, die er sofort wieder einkassierte, da sie versehentlich in der weiblichen Form abgefasst worden war. Außerdem überreichte Ahrens eine weiße Pflanze mit dem Hinweis, dass sie billiger gewesen sei als eine rote. „Wir müssen sparen“, so der Kreispräsident.



Obwohl es ihrer Bestimmung nach für die Aktuelle Stunde eigentlich kein Thema ist, hat Kreispräsident Helmuth Ahrens davon Abstand genommen, der AfD zu verweigern, über „das Demokratische Miteinander im Pinneberger Kreistag“ zu sprechen. Als Antragsteller begann der AfD-Abgeordnete Schalhorn. Er gratulierte Stahl und ging sogleich auf dessen 30-jährige Zugehörigkeit im Kreistag ein mit der Bemerkung, er sei schon mehr als 35 Jahre dabei - was im Grunde nicht erwähnenswert wäre, aber einmal mehr seinen ausgeprägten Hang zur Selbstdarstellung deut-

lich machte und fatal an den amerikanischen Ex-Präsidenten Trump und seinen Umgang mit der Wahrheit erinnerte. In Wirklichkeit ist Schalhorn noch nicht einmal 30 Jahre lang Abgeordneter. In einer für ihn ungewohnten weinerlichen Tonart bemängelte er, dass zahlreiche Abgeordnete immer wieder den Saal verließen, wenn er rede. Das sei kein guter demokratischer Stil, kritisierte er, ohne zu hinterfragen, ob es vielleicht an Inhalt und Stil liegt, in dem er seine Reden gewöhnlich vorträgt. Diesmal ungewohnte Töne: Er appellierte an den Kreistag, einen Neuanfang zu versuchen, den politischen Gegner zu respektieren und einander zuzuhören.

In einer fulminanten Rede (Seite 2) machte Kreispräsident Ahrens dann deutlich, warum der Umgang mit der AfD so schwierig sei. Für die SPD sprach H.-P. Stahl, der anmerkte, dass „wer gewählt sei, noch lange kein Demokrat sei“. Auch Joseph Goebbels sei in den Reichstag gewählt worden. „Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit der AfD ab“, so Stahl. Der Grünen-Abgeordnete Lukas Unger bemängelte, dass die AfD einerseits verlange, dass ihr Kandidat zum Ausschussvorsitzenden gewählt werde, bei dem Kandidaten der Grünen aber jeder bei der AfD gewählt habe, „wie er lustig war“.

Ein gemeinsamer Antrag von CDU, SPD und Grünen für eine Resolution gegen Gewalt gegen politische Amts- und Mandatsträger wurde dann einstimmig beschlossen.

Interessant wurde es, als Helmuth Jahnke für die SPD eine Resolution zur Rücknahme der geplanten Taktverschlechterungen auf der S-Bahnlinie S3 zwischen Elbgaustraße und Pinneberg einbrachte, in der massiv die Schleswig-Holsteinische Landesregierung angegriffen und die Verantwortlichkeit der Bundesregierung ignoriert wurde.

Torsten Hauwetter (CDU) appellierte an die SPD, einem Alternativ-Antrag von CDU und Grünen zuzustimmen, der sowohl an Landes- wie Bundesregierung adressiert sei und nicht zu Wahlkampfzwecken, sondern zum Vorteil der Menschen in der Region verfasst worden sei. Zwar wurde der schwarz-grüne Alternativ-Antrag mit 37:21 Stimmen angenommen. Leider wurde durch den Starrsinn der SPD aber die Chance verpasst, einstimmig Bundes- und Landesregierung in die Pflicht zu nehmen.

EDITORIAL



Leserinnen und Leser,

Im Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament in der gesamten EU statt. Am 9. Juni sind die Deutschen aufgerufen, mit ihrer Stimme darüber mitzuentcheiden, wie Europa sich künftig entwickeln wird. Die extreme Rechte, aber auch extrem linke Parteien gewinnen in der politischen Debatte in Europa an Raum, zum Nachteil der Parteien der Mitte. Ob die Demokratie angesichts weltweiter Bedrohungen am Ende gestärkt aus der Wahl hervorgeht oder ob Extremisten mehr Einfluss auf Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gewinnen werden, entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Bemerkenswert ist, dass nach einer Abstimmung kürzlich alle AfD-Abgeordneten aus der ID-Fraktion, dem Zusammenschluss rechtspopulistischer, nationalistischer und rechtsextremer Parteien im Europäischen Parlament, ausgeschlossen wurden.

In Teilen unseres Landes stellt die AfD eine echte Herausforderung für die Demokratie dar und auch der Pinneberger Kreistag hatte in der Vergangenheit mit dieser Fraktion seine liebe Not. Zur Sitzung am 29. Mai hatte sie selbst den Antrag gestellt, in der Aktuelle Stunde über das „Demokratische Miteinander im Pinneberger Kreistag“ zu debattieren und wurde von allen Fraktionen entzaubert, insbesondere auch von unserem Kreispräsidenten, der darum gebeten hatte, für die CDU sprechen zu dürfen. Auszüge aus seiner Rede finden Sie auf Seite 2 dieses News-Letters. Hoffen wir auf ein gutes Wahlergebnis für die CDU und die anderen demokratischen Parteien in Europa.

Mit besten Grüßen

Ihre



Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Kreispräsident in der Aktuellen Stunde



Helmuth Ahrens sprach in der Aktuellen Stunde für die CDU - nicht in der Rolle des Kreispräsidenten, sondern als Abgeordneter.

Er rekapitulierte, dass das Thema „Demokratisches Miteinander im Pinneberger Kreistag“ bereits am 3.7.23 von der AfD beantragt worden sei. Sie wollte einen Meinungs austausch darüber, wie sich die Abgeordneten des Kreistages die künftige Zusammenarbeit insbesondere mit der AfD vorstellten. Er habe bereits damals der AfD mitgeteilt, dass dieses Thema sich nicht für eine Behandlung im Rahmen einer Aktuellen Stunde eigne. Eine direkte Ansprache innerhalb der Fraktionen könnte zielführender sein.

Er stellte klar, die AfD habe nach den kommunalrechtlichen Vorschriften ein Vorschlagsrecht für einen Ausschussvorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Allerdings bedürfe es noch einer Wahl. Auch das sehe das Gesetz vor. Wenn dieses nicht der Fall wäre, hätte man im Gesetz auf die Ausführungen zur Wahl verzichten können. Die ihm gegenüber geäußerten Vorwürfe wegen der Nichtwahl gingen also ins Leere. Auch auf der Homepage der AfD werde ihm vorgeworfen, im Vorfeld „das undemokratische, der Kreisordnung widersprechende Wahlverfahren“ nicht verhindert zu haben. Auch dieser Vorwurf sei absurd. Eine Kritik an dem Wahlverhalten der frei gewählten Abgeordneten sei insofern auch ein Indiz dafür, wie sich die AfD Demokratie vorstelle. Mittlerweile sei das Verfahren auf Klage der AfD gerichtsanhängig. In der Klageschrift selbst führe die Klägerin aus, dass zwingend eine gerichtliche Klärung herbeigeführt werden müsse. Dem Ausgang des Verfahrens sehe Ahrens gelassen entgegen. Eine Wahlpflicht - wie von der AfD - gefordert, sei völlig undemokratisch und spreche für das Rechtsverständnis der AfD.

Nun stelle sich die Frage, warum ihre Vertreter nicht gewählt werden? Sei die Nichtwahl nicht undemokratisch? Nein, es sei zu unterscheiden zwischen demokratisch gewählten Abgeordneten und deren demokratischem Verhalten. Eine Partei, die nachweislich als rechts-extremistischer Verdachtsfall einzuordnen sei, vom Verfassungsschutz beobachtet werden dürfe, deren Flügel extremistische Bestrebungen aufweise, deren Spitzenkandidat in Thüringen zum schlechtesten Geschichtslehrer ernannt

werden müsste, sei aus Ahrens' Sicht nur wenig geeignet, das demokratische Miteinander zu kritisieren und Ausschussvorsitze oder Stellvertreterposten zu fordern.

Danach führte Ahrens Zitate von AfD-Politikern auf:

Alice Weidel: „Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte“.

Andreas Gehlmann: „Wer Homosexualität auslebt, dem droht eine Gefängnisstrafe - das sollten wir in Deutschland auch machen“.

Andreas Geithe: „Wir sollten eine SA gründen und aufräumen“.

Hans-Thomas Tillschneider: „Wer versucht, die AfD zu richten, den richtet die AfD.“

Björn Höcke: „Das große Problem ist, dass man Hitler als absolut böse darstellt“.

Über das Verhalten der Spitzenkandidaten der AfD zur Europa-Wahl und ob das Geld aus China oder Russland komme, brauche man nicht zu sprechen. Das bekannte Zitat „Aber auch Einwanderung ist Völkermord, denn dann gibt es ein Mischvolk, dann sind wir Deutschen weg“ sei aktuell in aller Munde. Es stamme von Volker Krauh, dem Spitzenkandidaten der AfD zur Europawahl. Dessen Gesinnung sei so schlimm, dass nicht einmal die Rechten im EU-Parlament mit der AfD zu zusammenarbeiten wollten.

Man könnte verharmlosend meinen, das sei alles weit weg, Sachsen, Thüringen, Brüssel. „Wirklich?“ fragt Ahrens. Am 8.2.23 habe der AfD-Abgeordnete Schalhorn im Pinneberger Kreistag gesagt: „Wir leben im Kreis im Krieg mit einem Großteil der zu uns kommenden Ausländer“.

Ein Vertreter einer solchen Partei brauche dem Kreistag keine Nachhilfe in Sachen Demokratie zu geben und habe aus Sicht der CDU auch keinen Anspruch auf den Vorsitz im Jugendhilfe-Ausschuss. „Herr Schalhorn, was Krieg ist, können sie jeden Tag im Fernsehen sehen. Eine solche Aussage wie von Ihnen finde ich einfach nur schmutzig“, so der Kreispräsident.

Bei solchen Beispielen und bei derart abenteuerten Anträgen, die handwerklich so schlecht seien, dass deutlich werde, welche Fachkompetenz die AfD aufweise, könne man sich schlicht keine Zusammenarbeit vorstellen.

Möglichweise habe die AfD gehofft, er würde den Antrag nicht auf die Tagesordnung nehmen. Ahrens: „Das Thema habe ich auf die TO gesetzt, nicht, weil ich es für richtig halte. Ich wollte nur verhindern, dass Sie, Herr Schalhorn die nächste Geschichte auffahren, wie undemokratisch der Kreispräsident sei. Die Öffentlichkeit kann sich nun selbst ein Bild machen“.

Im weiteren Verlauf der Aktuellen Stunde wurde die AfD von allen Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen Parteien im Kreistag in ähnlicher Weise kritisiert und entzaubert.

Gegen Gewalt



Zur gemeinsamen Resolution gegen Gewalt, eingebracht von CDU, Grünen und SPD, begrüßte der sozialpolitische Sprecher der CDU, Justus Schmitt, das gute Zeichen, das von dieser Resolution ausgehe. Resolutionen hätten in der Regel zwar „nur“ eine gewisse Symbolkraft. Sie soll-

te gerade in diesem Fall aber nicht unterschätzt werden. Wenn es nämlich darauf ankomme, dann stehe die Mehrheit im Pinneberger Kreistag gemeinsam für die Demokratie ein und stärke vor allem auch denjenigen den Rücken, die die kommunale Selbstverwaltung und unseren Rechtsstaat jeden Tag aufrechterhalten. Das Signal, das man gemeinsam an alle Extremisten, Feinde der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sende, sei glasklar: Man werde sich körperliche Angriffe und verbale Anfeindungen, ob am Wahlkampfstand, beim Plakatieren, am Rande oder in politischen Sitzungen nicht gefallen lassen.

Das Ausmaß der menschlichen Verrohung, das in den letzten Tagen und Wochen medial zu Tage gefördert worden sei, erinnere an dunkle Zeiten unserer Geschichte. Die Situation in Schleswig-Holstein sei glücklicherweise nicht so dramatisch wie in anderen Teilen Deutschlands, man solle das Eskalationspotenzial jedoch nicht unterschätzen und deshalb das Problem beim Namen nennen: „Wer sich schon einmal einen dummen Spruch beim Plakatieren gefangen hat, wer am Wahlkampfstand schon einmal bepöbelte wurde, wem NS-Symbolik auf die Plakate geschmiert wurde, wer schon einmal aufgrund seines politischen Ehrenamts angefeindet wurde, E-Mails voller Hass & Hetze erhalten hat, wer sich solch widerwärtigen Angriffen schon einmal ausgesetzt sah, der soll wissen: Wir, jedenfalls die breite Mehrheit im Pinneberger Kreistag, stehen an seiner Seite.“

Die Demokratie lebe vom politischen Diskurs, von unterschiedlichen Meinungen und auch von kontroversen Debatten und schwierigen Entscheidungen, die sich in der Regel niemand leicht mache. Aus diesem Selbstverständnis müsse aber für alle Bürgerinnen und Bürger die Bereitschaft folgen, sich auf die Debatte auch einzulassen, einander zuzuhören, Argumente auszutauschen, Wahlergebnisse und Mehrheiten zu akzeptieren. Politische Willensbildung, gerade auf kommunaler Ebene, funktioniere eben nicht anonym, versteckt hinter Bildschirmen und schon gar nicht lässt sie sich durch Gewalt erzwingen. Sie funktioniere nur, wenn es Menschen gebe, die sich bereitwillig für ihre Nachbarn und Freunde, für ihre Gemeinschaft engagierten. Man werde nicht zulassen, dass einzelne Kräfte diesen demokratischen Konsens zerstörten und die breite Mitte unserer Gesellschaft auseinandertrieben.

Dank gelte Polizistinnen und Polizisten, die Versammlungen, Demonstrationen sowie Politikerinnen und Politiker schützen. Dank gelte den tatkräftigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den leidenschaftlichen ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die in der Regel keinen Personenschutz haben und trotzdem keiner Debatte mit ügerrinnen und Bürgern aus dem Weg gingen und sich im Sinne der Demokratie politisch einsetzten.

Letzte Woche sei das Grundgesetz 75 Jahre alt geworden - der Moment, um sich einmal zu vergewissern: „Unsere Demokratie ist wehrhaft, unser Rechtsstaat robust, und wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir stehen denjenigen zur Seite, die für ihre politische Arbeit bedroht und attackiert werden. Wir werden in der Sache streiten, aber unsere Demokratie gemeinsam verteidigen, heute, morgen und an jedem weiteren Tag auch.“

Stellv. Landrat in Aktion

Kreispräsident und Landrätin repräsentieren den Kreis Pinneberg gemeinsam. Im Vertretungsfall kümmert sich der stellvertretende Landrat nicht nur um die Leitung der Kreisverwaltung, sondern auch um repräsentative Termine. In den letzten Wochen habe er die Landrätin mehrfach bei öffentlichen Anlässen vertreten, so Daniel Kölbl.

Beim Festakt zur 800-Jahrfeier der Gemeinde Haselau sei deutlich geworden, wie wertvoll eine starke Dorfgemeinschaft ist. Mit hohem ehrenamtlichem Engagement sei ein einzigartiges Dorffest auf die Beine gestellt worden, das nicht nur Besucher aus Haselau, sondern auch aus den umliegenden Orten anlockte. Laut Kölbl sei es wichtig, dass auch kleine Gemeinden mit Blick auf die Finanzen, die Regelungsflut und Aufgabenvielfalt ihr Dorfleben noch selbstbestimmt gestalten könnten.

Das Maifestival in Rellingen biete die Möglichkeit, klassische Musik zu erleben, ohne dafür extra nach Hamburg fahren zu müssen. Eingebettet in die Architektur der Rellinger Barockkirche gehöre es zu einem der kulturellen Höhepunkte im Kreis.

Über Pfingsten kamen die Jugendfeuerwehren aus dem Kreis diesmal in Elmshorn zu ihrem jährlichen Zeltlager zusammen, um gemeinsam zu üben, zu spielen und um Freundschaften untereinander zu schließen. Die Organisation und Durchführung eines solchen Zeltlagers koste viel ehrenamtliche Arbeit, so Kölbl.

Unter dem Motto „Europa (un)limited“ habe das Bildungsministerium zum 71. Europäischen Wettbewerb aufgerufen. Mit der Zukunft Europas haben sich Schülerinnen und Schüler in Bildern, Tonaufnahmen und Texten auseinandergesetzt: Wie kann es bunter, gerechter, glücklicher werden? Wo zieht ihr Grenzen, wo reißt ihr sie ein und welche findet ihr wichtig? Schülerinnen und Schüler der Theodor-Heuss- und der Hans-Clausen-Schule in Pinneberg, der Bismarckschule in Elmshorn, des Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Gymnasiums in Barmstedt und des Ludwig-Meyn-Gymnasiums in Uetersen wurden für ihre Arbeiten geehrt.

Rund 20 Jahre hat Thomas Kenntemich die Agentur für Arbeit geleitet und mit Herzblut und Fachlichkeit dazu beigetragen, dass Menschen in Arbeit vermittelt werden. Daniel Kölbl nahm an der feierlichen Verabschiedung teil.

Das Deutsche Baumschulmuseum unter Leitung von Dr. Heike Meyer-Schoppa feierte sein 30-jähriges Jubiläum. Es sei laut Kölbl wesentlicher Bestandteil der Kulturlandschaft Pinneberger Baumschulland, wurde 1994 gegründet und verfüge mit seiner einzigartigen Sammlung über ein Alleinstellungsmerkmal, das weit über die Region hinausreiche.

In den Nachrichten werde in der Regel ein Afghanistan-Bild der Schreckensherrschaft der Taliban mit Terror, Gewalt und unterdrückter Frauen vermittelt. Umso angenehmer empfand Kölbl den Afghanistan-Tag in Pinneberg, anlässlich dessen er die schönen Seiten der afghanischen Kultur, traditionelle Instrumente wie Rubab und Dambura, Lieder und Tänze erleben konnte.

Er war auch dabei, als der Einwandererbund auf dem Gelände des Kreisjugendringes in Barmstedt eine Friedenseiche pflanzte. Für die jüngere Generation sei es selbstverständlich, in Frieden zu leben, mit Blick auf unsere Vergangenheit und auf die Konfliktherde dieser Welt sei Frieden jedoch kein Automatismus. Daher sei es wichtig, auf die Bedeutung von Frieden aufmerksam zu machen. Aktionen, wie die des Einwandererbundes seien ein positives Beispiel dafür.

Good bye, Sönke P. Hansen

Am 15. Mai wurde Sönke P. Hansen als langjähriger Vorsitzender des Kreissportverbandes verabschiedet. An dem Festakt nahmen der Sportausschussvorsitzende Gunnar Werner (FDP), Werner Harms (SPD) sowie Stephan Schmidt und Alexandra Waßong (beide CDU) teil. Hansen bedankte sich namentlich bei den Kreispolitikern und hob hervor, dass ihre Anwesenheit nicht selbstverständlich sei.

Seine Abschiedsrede war geprägt von seiner Vergangenheit im Sport und der des KSV. Er habe die Zusammenarbeit mit der Politik immer als positiv empfunden und aufgezählt, was in den letzten Jahren gemeinsam im Kreis bewegt worden sei:

- Finanzielle Absicherung des KSV mit der Vertragsverlängerung bis 2028.
- Fördertopf für die energetische Sanierung von Sportstätten.
- Unterstützung der Sportvereine im Kreis Pinneberg zur Bewältigung der Mehrbelastungen bei Strom- und Heizkosten.

Bemerkenswert war Hansens Statement, dass er sich darüber ärgere, wenn AFD-Mitglieder, die immer gegen die Interessen des Sports stimmten, sich im Anschluss bei den Presseterminen immer vollformatig für Fotos in die 1. Reihe stellten.



Im Anschluss an einige Berichte wurde Olaf Seiler zum neuen Vorsitzenden des Kreissportverbandes gewählt und Sönke P. Hansen zum Ehrenvorsitzenden des KSV ernannt.

Danach wurde auf die Verabschiedung von Karsten Tiedemann hingewiesen und dieser ebenfalls zum Ehrenvorsitzenden des KSV ernannt.



Im Namen der CDU-Fraktion überreichte Stephan Schmidt Sönke P. Hansen ein Präsent.

75 Jahre Grundgesetz

Vor einem Jahr saß sie noch im Pinneberger Kreistag. Heute ist sie Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion. Im Landtag sprach sie für die CDU zum Thema „75 Jahre Grundgesetz“.



Ursprünglich sei das Grundgesetz als Provisorium vorgesehen gewesen. Es habe sich aber bewährt und seit Jahrzehnten garantiere es für Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland.

Das Grundgesetz sei ein Versprechen des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern - mit dem Fokus auf das Individuum mit Abwehrrechten und Freiheitsrechten, auf die freiheitlich-demokratische Staatsorganisation, die Rechtsstaatsgarantie und den Sozialstaat.

Und auch wenn man aktuell einen anderen Eindruck habe, so würden mehr als 80 Prozent der Deutschen dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgericht vertrauen. In Zeiten des immer stärker werdenden Populismus mache dies und die vielen Demonstrationen für Demokratie und Toleranz zuversichtlich. Dieser Zuspruch und die Identifikation mit unserem Grundgesetz seien Grundvoraussetzung dafür, das Grundgesetz im Zweifel gegen Einflüsse von außen oder innen auch zu verteidigen.

Für Birte Glißmann bedeute das Grundgesetz nicht nur ein Versprechen des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Es sei für sie auch ein Versprechen, das wir uns gegenseitig geben. Es sei das gegenseitige Versprechen und die Verantwortung, die wir alle miteinander tragen, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen und zu verteidigen:

„Heute am 75. Geburtstag können wir besonders stolz auf unser Grundgesetz und unsere freiheitliche Demokratie sein und diesen Geburtstag feiern. Gleichzeitig dürfen wir nie vergessen, dass unser Grundgesetz unser gegenseitiges Versprechen für ein „Nie wieder“ ist. Ein Versprechen, das auch mit Arbeit verbunden ist.“

Sie sei überzeugt davon, dass sich diese Arbeit auch weiterhin lohnen werde.

Die CDU-Kreistagsfraktion wünscht ihrer ehemaligen Kollegin weiterhin viel Erfolg in ihrer wichtigen Tätigkeit.

Happy Birthday

Im Wonnemonat Mai feierte

Katrin Schrade

als einziges Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion ihren Geburtstag.



Der NewsLetter gratuliert nachträglich sehr herzlich.

Vielleicht mag es ein gutes Omen für die Europawahl sein, dass am 9. Juni mit **Kai Sibbert** und **Jörn Kruse** gleich zwei Fraktionskollegen ihren Ehrentag feiern.

Tschüß, Karsten!



Am 1. Juni wurde Karsten Tiedemann nach mehr als 40 Jahren als Geschäftsführer des Kreissportverbands Pinneberg verabschiedet.



Burkhard E. Tiemann (CDU) ist der einzige aktive Kreistagspolitiker, der mehr als 30 Jahre sehr eng mit Karsten zusammengearbeitet hat – von 1994 an als Sportausschussvorsitzender, von 1996 an als Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur, dann von 2003 bis 2018 als Kreispräsident und die letzten 6 Jahre als Mitglied der SKS-Teilfraktion. Letztere hat für ein Geschenk gesammelt und dieses Karsten zum Abschied überreicht.

Splitter aus dem KUSO

KUSO 14.05.24:

Burghardt Schalhorn (AfD) beschwert sich beim Vorsitzenden, weil er ihn nicht versteht. Darauf Mathias Schmitz (Grüne): „Wenn Sie beim nächsten Mal hier teilnehmen, würde ich Sie bitten, Ihr Hörgerät mitzubringen. Ich habe in der Regel eine laute Stimme, die dürfte auch in diesem Raum ausreichend sein.“

Am 9. Mai ist Europawahl

Mit dem Schwung des erfolgreichen Parteitags im Rücken geht die CDU in die Europawahl am 9. Juni. Es geht um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Es geht auch um unsere Art zu leben. Es geht um unser Europa. Es ist nicht perfekt, aber es ist es wert, dass wir uns dafür einsetzen.

Die sicherheitspolitische Lage für Europa, die Bundesrepublik Deutschland und Schleswig-Holstein hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert: Europa wird wieder direkt bedroht. Die CDU nimmt diese Bedrohung ernst. Deswegen war das Thema „Sicherheit“ das zentrale Thema der Klausurtagung der CDU Schleswig-Holstein vor 4 Wochen. Wie eine echte Zeitenwende aussehen muss, zeigen Vorschläge in der „Kieler Erklärung“ auf.

- Wiedereinsetzung der Wehrpflicht – langfristig Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht
- Verteidigungsindustrie stärken
- Bevölkerungsschutz im Fokus
- Bedrohungen im digitalen Raum und Demokratiefeinde bekämpfen

Auf dem Bundesparteitag in Berlin hat sich die CDU Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Jungen Union Deutschlands und der CDU in Niedersachsen dafür eingesetzt, dass die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht in das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands aufgenommen wird. Ihr Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen und ist nun Beschlusslage der CDU Deutschlands! Wir nehmen Bündnisverteidigung und Heimatschutz ernst. Perspektivisch soll die Wehrpflicht in ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr überführt werden.

Anfang des Monats hat das EU-Parlament den EU-Migrationspakt verabschiedet. Der Pakt ist richtig und für Schleswig-Holstein wichtig. Denn er hat konkrete Auswirkungen auf unser Bundesland und unsere Kommunen. Er zielt darauf ab, die Migration nach Europa besser zu steuern, die Außengrenzen zu schützen und eine ordnungsgemäße Einreise und Registrierung zu ermöglichen. Unser Spitzenkandidat Niclas Herbst war der einzige schleswig-holsteinische Abgeordnete, der dafür stimmte. Es macht einen Unterschied, wer im Parlament sitzt!

Der Europäische Einigungsprozess ist auch nach über 70 Jahren eine Erfolgsgeschichte und bis heute Garant für Stabilität und Wohlstand in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa. Die CDU will ein Europa, das für die Bürgerinnen und Bürger einsteht, eine EU, die besser funktioniert und sich auf das Wesentliche konzentriert. Selten in ihrer Geschichte war die EU mit so vielen Herausforderungen gleichzeitig konfrontiert wie derzeit: Vom Angriffskrieg Putins auf die Ukraine mit allen seinen Folgen über den Migrationsdruck an den EU-Außengrenzen, dessen Belastungen wir auch in unseren Kommunen in Schleswig-Holstein spüren.

Darum setzt die CDU sich für ein Europa ein, das den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinerern eine Stimme gibt!

TERMINE

Juni 2024

Montag, 03.06.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Mittwoch, 06.06.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

Donnerstag, 07.03.2024, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren Elmshorn, Kreishaus

Montag, 10.06.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Mittwoch, 12.06.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

Donnerstag, 13.06.2023, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport, Berufliche Schule Elmshorn

Dienstag, 18.06.2024, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr, Baumschulmuseum

Mittwoch, 19.06.2024, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses, Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 20.06.2024, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses Kreishaus Elmshorn

Montag, 24.06.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Dienstag, 25.04.2024, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Sicherheit und Ordnung Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 26.06.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, B. E. Tiemann, Kr. Pinneberg, KSV, A. Waßong, T. Hauwetter, J. Schmitt

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de